

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0129/2012
Amt/Aktenzeichen Dezernat V/17 51 45.21	Datum 13.01.2012	TOP

Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Altstadt	Kenntnisnahme	25.01.2012	Ö

Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 2002/2011 Grüne, SPD, CDU, ödp, Ortsbeirat Mainz-Altstadt;
hier: Fluglärm

Mainz, 17.01.2012

gez. Eder

Katrin Eder
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der Antrag ist erledigt.

Sachstandsbericht:

Die Stadt Mainz hat in ihrer Klageschrift zur Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses zum Ausbau des Frankfurter Flughafens nach der Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses als ersten Hilfsantrag aktive Schallschutzmaßnahmen in Form eines Nachtflugverbotes von 22.00 – 6.00 Uhr gestellt. Die Absenkung der Flugbewegungen in den Tagesrandstunden war schon Gegenstand der Diskussion während der Mediation und wurde von der Stadt Mainz immer eingefordert. Die Stadt Mainz nutzt auch weiterhin alle Möglichkeiten, auf eine Umsetzung dieser Ziele hinzuwirken. Momentan liegen in den Ortsverwaltungen und bei den Bürgerinitiativen Protestlisten gegen die zunehmende Belastung durch Fluglärm aus, die unter anderem eine Umsetzung eines Nachtflugverbotes von 22.00 – 6.00 Uhr fordern. Diese Unterschriften sollen von der Mainzer Umweltdezernentin, Frau Eder, noch vor der mündlichen Verhandlung der Revisionsklagen dem hessischen Ministerpräsidenten übergeben werden. Eine Liste liegt als Anlage 1 bei und kann vom Ortsbeirat genutzt werden.

Die Stadt Mainz ist auf der politischen Ebene, zusammen mit dem Land Rheinland-Pfalz, in die aktuelle Diskussion um die Änderung des Luftverkehrsgesetzes eingebunden. Die Stadt Mainz gibt Stellungnahmen über den Deutschen Städtetag zu Gesetzesentwürfen ab. Ziel ist es hierbei, dass zum einen die gesetzliche Situation für die Lärmbetroffenen nicht schlechter wird und zum anderen deutliche Verbesserungen zum Schutz der Bürger vor Fluglärm zu erreichen. In der oben genannten Protestliste wird auch auf diese Aspekte eingegangen.

Die Stadt Mainz ist ebenfalls auf europäischer Ebene aktiv. Der Brief des stellvertretenden Oberbürgermeisters, Herrn Beck, an die rheinland-pfälzische Europaministerin, Frau Conrad, über den Vorschlag für die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen liegt als Anlage 2 bei.

Die Stadt Mainz ist Mitbegründerin der kommunalen Initiative Zukunft-Rhein-Main (ZRM) auf deren Homepage (<http://www.zukunft-rhein-main.de/>) ein Muster eines Beschwerdebriefes der Bürger an die Europapolitiker eingestellt ist.